



Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

6. Sitzung (nichtöffentlich)

7. Februar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.35 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenograph: Wolfgang Berger

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite:

Aktuelle Viertelstunde

1

a) **Vollziehung des Genehmigungsbescheides für geplante
Abfallverbrennungsanlage in der Stadt Köln**

b) **Konsequenzen aus der Auswertung des Brandes eines
Kunststofflagers in Düsseldorf-Heerdt am 30. Juli 1995**

6

Der Ausschuß führt die Aktuelle Viertelstunde durch.

Seite:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

8

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/400
Vorlage 12/324

- | | | |
|---------------|---|--|
| Einzelplan 10 | - | Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft |
| Einzelplan 02 | - | Ministerpräsident und Staatskanzlei |
| Einzelplan 03 | - | Innenministerium |
| Einzelplan 15 | - | Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport |
| | - | Zuständigkeitsbereich des Ausschusses |

Der Ausschuß führt einen ersten Beratungsdurchgang durch.

2 Stand der Planung und Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen im Verlaufe des Rheines

12

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Landesregierung entgegen und führt darüber eine Diskussion.

Seite:

- 3 **Gegen ein PVC-Verbot in Nordrhein-Westfalen - für die
Stärkung des Chemiestandortes NRW** 20

Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache 12/221
Vorlage 12/246

in Verbindung damit

Durchführung einer öffentlichen Anhörung

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuß führt eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die Produktion und Verwendung von PVC in Nordrhein-Westfalen und ihre Bedeutung für Arbeit und Umwelt“ durch.

Als Termin für die Anhörung wird Freitag, 26. April 1996, 10.00 Uhr festgelegt.

Verschiedenes

- a) **Besuch der ENTSORGA in Köln** 20

Der Ausschuß beabsichtigt, die ENTSORGA am Dienstag, dem 19. März, 14.00 Uhr, zu besuchen.

- b) **Vorgesehene Informationsreise des Ausschusses nach Südostasien** 21

Der Ausschuß erörtert die Angelegenheit.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzesentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/400

Vorlage 12/324

Einzelplan 10	-	Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
Einzelplan 02	-	Ministerpräsident und Staatskanzlei
Einzelplan 03	-	Innenministerium
Einzelplan 15	-	Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport
	-	Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorsitzender Klaus Strehl sagt, der Haushalts- und Finanzausschuß werde am 7. März seine abschließende Beratung durchführen. Dies bedeute für den Ausschuß, daß er seine abschließende Beratung am 28. Februar durchführen werde. Etwasige Änderungsanträge müßten dem Ausschußsekretariat bis spätestens 26. Februar vorgelegt werden.

Die Ministerin habe in der letzten Sitzung eine einführende Stellungnahme abgegeben. Heute solle ein erster Beratungsdurchgang stattfinden.

Werner Stump (CDU) sagt, die Ausschußmitglieder der CDU hätten den von der Ministerin vorgelegten Haushalt sehr aufmerksam studiert und hätten festgestellt, dies sei von den Strukturen, von der Bewertung und von den Zielsetzungen her eine Fortschreibung der bisherigen Haushalte. Dann sei die Frage aufgekommen, was die Ministerin an neuen Punkten in die Umweltpolitik von Nordrhein-Westfalen hineingebracht habe. Die schriftlich vorgelegte Einführungsrede habe dazu nicht weitergeholfen. Deshalb wolle er die Ministerin bitten, die Besonderheiten in der Umweltpolitik darzustellen.

Bärbel Höhn (Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) erwidert, sie habe mit dem Wunsch der CDU-Fraktion ein Problem. Sie werde im Ausschuß immer wieder mit der Aussage konfrontiert, daß sie alles anders machen würde und daß es mit der Rau-Höhn-Linie so nicht weiterginge, weil das ein totaler Bruch sei. Jetzt sage die CDU, daß sie das weiterführe, was ihr Vorgänger begonnen habe.

Sie wolle dies auf den Punkt bringen: Bewährtes fortsetzen und an anderen Punkten neue Akzente setzen. Dies bedeute, daß sie viel stärker als in der Vergangenheit auf vorsorgenden Umweltschutz setze, was allerdings in den letzten Jahren schon begonnen worden sei, also in der Produktion selber ansetze, um damit auch eine stärkere Verbindung zwischen Umweltministerium und Wirtschaftsministerium zu erreichen. Viele Initiativen, die im Koalitionsvertrag festgelegt worden seien, seien umgesetzt bzw. angedacht worden. Dies gelte ins-

besondere für regionale Vermarktungskonzepte mit kurzen Kreisläufen und die CO₂-Reduktion. Dies gelte aber auch für Maßnahmen bei Ozon und Elektrosmog, ferner für die Förderung von biologisch-mechanischen Anlagen. Beim Abwasserbereich erfolge eine Akzentsetzung auf Kleinkläranlagen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) meint, das Bündnis von Arbeit und Umwelt, von Ökonomie und Ökologie sei in Nordrhein-Westfalen erfunden worden. Dies führe zwangsläufig dazu, daß es in der praktischen Arbeit zwischen Umweltministerium und Wirtschaftsministerium zu einer engen Verzahnung kommen müsse, was die SPD-Fraktion ausdrücklich unterstütze. Diese Politik müsse weiterentwickelt werden. Dabei gebe es ähnliche Bewertungsweisen bei den Kollegen der CDU. Das schließe aber nicht aus, daß man sich über einzelne Aspekte der Umweltpolitik streite.

Werner Stump (CDU) sagt, es gehe darum, inwieweit man die Äußerungen der Ministerin, die sie in ihren Presseerklärungen gemacht habe, im Haushalt wiederfinde. Für Elektrosmog sei 1 Million DM angesetzt, für Umweltauskünfte weitere 1 Million DM. Es werde eine Ozonkampagne angekündigt. Diese Beispiele könnten fortgesetzt werden. Damit komme man aber noch nicht zu einer neuen Umweltpolitik. Die Strukturen der bisherigen Umweltpolitik würden fortgeschrieben und keine neuen Akzente gesetzt.

Es sei aber noch ein anderer Punkt anzusprechen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des mittleren Dienstes seien der Auffassung, daß sie verstärkt mit Aufgabenstellungen befaßt seien, die vom Charakter und von der Wertigkeit her einer Tätigkeit des gehobenen Dienstes entsprächen. Dazu habe sich auch die ÖTV geäußert. Es sei daher zu fragen, ob die Ministerin sich diesem Thema stellen werde, inwieweit diesen Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, die mit Sachbearbeiterfunktionen befaßt seien, eine Aufsichtsmöglichkeit in den gehobenen Dienst eröffnet werden könne.

Ministerin Bärbel Höhn erwidert, nach vielen Jahren zähen Kampfes sei für acht Stellen eine Beförderung erreicht worden, so daß hier ein erster Einstieg stattfinde. Dies müsse in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Hans Peter Lindlar (CDU) sagt, der Landesrechnungshof habe darauf hingewiesen, daß 433 Millionen DM Abwasserabgabe angesammelt worden seien und darauf warteten, verteilt zu werden. Hintergrund sei die Tatsache, daß es bei den Einnahmen im Kapitel 10 050 sehr unterschiedliche Einnahmesituationen gebe. Im Jahre 1994 seien es 280 Millionen DM gewesen, im Jahre 1995 63,5 Millionen DM und für 1996 seien 100 Millionen DM vorgesehen. Es sei daher zu fragen, welche Möglichkeiten bestünden, die angesprochene und zum Ziel erklärte und von ihm auch erhoffte veränderte Abwasserpolitik mittels solcher Gelder, die für die Titelgruppe 71 zweckgebunden seien, zu verbessern und zu beschleunigen und den

Kommunen, die unter Aufwendung aller finanzieller Kräfte die Leistungen der Ersikanalisation erbringen, durch geeignete Kredite verstärkt zu helfen.

Ministerin Bärbel Höhn erläutert, die Zahlen, die vom Landesrechnungshof genannt worden seien, seien Spitzenbeträge gewesen. Man müsse dazu sehen, daß im letzten Jahr deshalb soviel Geld eingeflossen sei, weil die Abwasserabgabe zeitnäher erhoben worden sei und deshalb praktisch die Einnahmen von zwei Jahren in einem Jahr eingegangen seien. Diese Situation sei daher eine einmalige und werde auf den ursprünglichen Level zurückgehen.

Der andere Punkt sei, daß diese Mittel auch zur Plafondierung genutzt würden. Das heiße, mit Krediten, die besonders günstig seien, werde einer Menge von Gemeinden geholfen, im Abwasserbereich und beim Gewässerschutz tätig werden zu können. Dies beziehe sich auch darauf, daß Gemeinden in die Lage versetzt würden, dezentrale Kleinkläranlagen zu errichten.

Auf die Frage von **Hans Peter Lindlar (CDU)**, ob es richtig sei, daß auch weiteres Personal an dieser Stelle konzentriert werden solle, antwortet **Ministerin Bärbel Höhn**, in der Vergangenheit habe es ein Monitum des Landesrechnungshofs gegeben, das Umweltministerium würde die Abwasserabgabe nicht zeitnah genug erheben. Daraufhin habe das Landesumweltamt mehrere Stellen abgegeben, um mehr Zeitnähe zu erreichen. Aus der Abwasserabgabe seien diese Stellen jetzt übernommen worden, damit das Landesumweltamt seine Stellen zurückerhalten könne.

Gerhard Mai (GRÜNE) meint, nicht alles, was sich in veränderter Umweltpolitik niederschlage, müsse auch im Haushalt vorhanden sein. Eine andere Abfallpolitik schlage nicht unbedingt im Haushaltsaufkommen durch, sondern eher im Gesetzesvollzug und in der Akzentualisierung und Veränderung von Vergaberichtlinien und Zuschußrichtlinien. Ein Erfolg sei, daß die Mittel im Umweltbereich zumindest hätten gehalten und zum Teil sogar ausgebaut werden können. Daraus sei zu erkennen, daß Umweltpolitik in der neuen Landesregierung unter dem Stichwort „Arbeit und Umwelt“ nach wie vor und immer noch einen hohen Stellenwert habe.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) weist darauf hin, daß beim Kapitel Ozonkampagne die Kosten der Veröffentlichung mit einem Betrag von 3,5 Millionen DM ausgebracht seien. Das gleiche gelte für die Position Elektrosmog mit einem Betrag von 2,5 Millionen DM. Es sei daher zu fragen, was mit diesen doch recht erheblichen Erhöhungen geplant sei.

In Kapitel 10 020 auf Seite 57 gebe es eine Veranstaltungsliste. Dort seien sehr viele neue zu unterstützende Veranstaltungen aufgeführt, insbesondere bei dem Punkt 31 „Weitere Veranstaltungen“. 1995 sei ein Ansatz von 1,01 Millionen DM vorhanden gewesen. Auch hier bitte sie um eine Stellungnahme noch vor den abschließenden Beratungen.

Ferner sei sie interessiert zu erfahren, welche Ersparnisse oder auch Ausgaben die Neustrukturierung der Umweltverwaltung gebracht habe.

Ministerin Bärbel Höhn erwidert, zur Ozonkampagne sei zu sagen, daß eine große Verunsicherung in der Bevölkerung bestehe, wie Ozon vermieden werden könne. Deshalb sei eine Kampagne in Arbeit, die aber erst verwirklicht werden könne, wenn der Haushalt verabschiedet worden sei. Das Konzept werde sie rechtzeitig vor der Verabschiedung vorlegen. Der Punkt Elektrosmog sei schon als Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung erörtert worden. Es seien auch Unterlagen verschickt worden. Was die Neustrukturierung der Umweltverwaltung angehe, so werde sie überprüfen lassen, welche Ergebnisse dies erbracht habe. Zu den Veranstaltungen werde Herr Kaiser eine Stellungnahme abgeben.

MR Kayser (MURL) führt aus, es handele sich bei dieser Erläuterungstabelle um die Darstellung der Ansätze für 1994, 1995 und 1996. Alle Maßnahmen, die 1996 durchgeführt werden sollen, seien aufgeführt. Die Maßnahmen, die im Jahre 1995 gelaufen seien, aber 1996 nicht wieder erschienen, seien in der Ziffer 31 zusammengefaßt. Damit werde eine Verkürzung der Tabelle herbeigeführt, weil ansonsten noch ein Dutzend weiterer Maßnahmen aufgeführt werden müßte. Dies lasse aber das ADV-Programm nicht zu. Er könne aber sagen, welche Maßnahmen mit welchen Beträgen sich hinter diesen etwas über 1 Million DM verbergen.

Hans Krings (SPD) meint, man sollte sich davor hüten, den aufgelaufenen Betrag für die Abwasserabgabe nun flächendeckend über das Land zu verstreuen. Dies Geld müsse gruppennützlich eingesetzt werden. Daher müßten Schwerpunkte gesetzt werden.

Hans Peter Lindlar (CDU) sagt, in der vor kurzem im Landtag geführten Debatte habe die CDU-Fraktion den Eindruck gehabt, die Ministerin habe etwas zum Problem dezentrale Lösungen im Bereich von § 34 Bundesbaugesetz gesagt. Der Erlaß sehe jedoch Kleinkläranlagen im Außenbereich gemäß § 35 Bundesbaugesetz vor. Es gebe in einigen Teilen von Nordrhein-Westfalen kritische Übergangsf lächen in kleinen Orten, bei denen eine Abgrenzung nach § 34 Bundesbaugesetz vorliege, bei denen es auf der anderen Seite von der Abwassertechnik her gesehen wesentlich sinnvoller wäre, dezentral über Kleinkläranlagen zu entsorgen. Die entsprechenden Äußerungen, die die Ministerin im Landtag dazu gemacht habe, seien im Sitzungsprotokoll nicht mehr aufzufinden gewesen. Er bitte daher darum, daß die Ministerin ihre Position insoweit verdeutlichen solle, weil das auch zum Nachdenken über haushaltsrelevante Maßnahmen führen könnte.

Ministerin Bärbel Höhn weist darauf hin, daß das Bundesrecht vorsehe, daß nur im Außenbereich gefördert werden könne. Nur wenn es im Bund zu anderen Lösungen kommen würde, könnte man das Problem anders angehen als das in der Vergangenheit der Fall gewesen sei.

Auf eine entsprechende Frage von **Werner Stump (CDU)** nach dem Haushaltsansatz für Gutachten und Untersuchungen in Höhe von 45 Millionen DM erwidert **Ministerin Bärbel Höhn**, im wesentlichen seien diese Mehrbeträge darin begründet, daß Aufträge für Forstplanungsarbeiten vorlägen, die in den letzten Jahren nicht angefallen seien. Dies habe dazu geführt, daß Organisationsuntersuchungen in diesem Bereich stattgefunden hätten und es daher notwendig sei, Gutachten erstellen zu lassen, um diese Arbeiten zu Ende zu führen.

2 Stand der Planung und Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen im Verlauf des Rheines

- Bericht der Landesregierung

Bärbel Höhn (Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) führt aus, die intensiven Untersuchungen der Hochwasserschutzanlagen am Rhein in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1986 bis 1990 hätten ergeben, daß insgesamt rund 150 km Rheindeiche dem Stand der Technik angepaßt werden müßten. Dies gelte heute um so mehr, als die teilweise Jahrhunderte alten Bauwerke 1995 zum fünftenmal hintereinander - zweimal in 1983, einmal in 1988 und dann noch einmal in 1993 und 1995 - Extrembelastungen ausgesetzt gewesen seien und dadurch der Alterungsprozeß schneller abgelaufen sei als ursprünglich angenommen worden sei. Gerade auch das letzte Hochwasser habe die Richtigkeit dieser Untersuchungen bewiesen. Es hätten an mehreren Stellen Deichverteidigungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Es habe wirklich dramatische Situationen beim letzten Hochwasser gegeben. Es habe sogar die Situation bestanden, daß die Deiche auch hätten brechen können. Deshalb müsse insoweit verstärkt daran gearbeitet werden.

Hochwasser seien Naturereignisse, die letztlich nicht verhindert werden könnten. Das Schadenspotential sei erst durch jahrzehntelange Begradigungen der Gewässer und durch die Besiedlung flußnaher Gebiete herbeigeführt worden. In Nordrhein-Westfalen lebten mehr als 1,4 Millionen Menschen in Bereichen, die früher vom Rhein überflutet worden seien. Es gebe aber auch wichtige Industrieanlagen an der Rheinschiene. Grundsätzlich könne und wolle man die Entwicklung nicht zurückdrehen. Das Ministerium werde auf die vielfältigen Ursachen von Hochwasser angemessen mit komplexen Lösungsansätzen reagieren.